



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin e. V.

Aktuell seit 29.06.2026 10:46:15

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004652
Ersteintrag:	25.05.2022
Letzte Änderung:	29.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: DGP e. V. Aachener Str. 5 10713 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493030101000 E-Mail-Adressen: dpg@palliativmedizin.de Webseiten: <u>www.palliativmedizin.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. med. Claudia Bausewein**
Funktion: Präsidentin
2. **Dr. med. Wiebke Nehls**
Funktion: Vizepräsidentin
3. **Andreas Müller**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Heiner Melching**
2. **Prof. Dr. med. Claudia Bausewein**
3. **Dr. med. Wiebke Nehls**
4. **Andreas Müller**

Gesamtzahl der Mitglieder:

6.701 Mitglieder am 14.04.2025, davon:

6.533 natürliche Personen

168 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. AWMF - Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlich-medizinischen Fachgesellschaften
2. EAPC - European Association of Palliative Care
3. BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen
4. DNVF - Deutsches Netzwerk für Versorgungsforschung
5. SpiFa - Spitzenverband der Fachärztinnen und Fachärzte

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Hauptaufgabe der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin e.V. (DGP) im Bereich der Interessenvertretung besteht darin, den Stellenwert der Palliativversorgung in verschiedenen Gesetzesvorhaben bzw. im bestehenden rechtlichen Rahmen als unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Versorgung weiter zu verankern und zu festigen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Bereich der Palliativmedizin sollen dabei Eingang in bestehende und zukünftige Rechtsnormen finden, z. B. bei der Einführung der Krankenhausstrukturreform.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Veränderung der Regelungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes KHVVG

Beschreibung:

Für eine flächendeckende Palliativversorgung muss die Leistungsgruppe Palliativmedizin dringend angepasst werden. Es sind sowohl Palliativstationen mit ausreichenden Betten als auch Palliativdienste notwendig.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 235/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen

(Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13407 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/11854, 20/12894, 20/13059 Nr. 4 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Sichert, Jörg Schneider, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 20/5550 - Geburtshilfe in Deutschland flächendeckend sicherstellen - Fehlanreize beseitigen - c)...

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen

(Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

2. Integration der Palliativversorgung in das Gesetz zur Reform der Notfallversorgung

Beschreibung:

Im Gesetzentwurf zur Reform der Notfallversorgung (NotfallGesetz) sollen palliativmedizinische Aspekte stärker berücksichtigt werden, um eine adäquate Versorgung dieses Personenkreises zu ermöglichen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung NotfallGesetz NotfallG

Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2024

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

3. Stärkere Berücksichtigung der Palliativversorgung im KHVVG

Beschreibung:

Der immer wichtiger werdende medizinische Bereich der Palliativversorgung scheint bei der Umsetzung des KHVVG vergessen worden zu sein. Wir gehen davon aus, dass wirklich niemand in Deutschland eine Verschlechterung der Versorgung Schwerstkranker und Sterbender beabsichtigt. Aus unserer Sicht ist dies aber nicht auszuschließen und möchten daher eine stärkere Verankerung und Berücksichtigung der Palliativversorgung im KHVVG erreichen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 235/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13407 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/11854, 20/12894, 20/13059 Nr. 4 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Sichert, Jörg Schneider, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 20/5550 - Geburtshilfe in Deutschland flächendeckend sicherstellen - Fehlanreize beseitigen - c)...

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407010004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

4. Veränderung von Regelungen im Gesetzentwurf des Suizidpräventionsgesetzes

Beschreibung:

In ein neues Suizidpräventionsgesetz sollen niedrigschwellige, ergebnisoffene Gesprächsangebote zu Sterbewünschen, über Hospiz- und Palliativversorgung aufgenommen werden. Insbesondere müssen Bewohner im Pflegeheim dabei Berücksichtigung finden. Psychosoziale Fachkräfte müssen für Suizidprävention ausgebildet werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/14987 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nationalen Suizidprävention

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): [Gesetz zur Stärkung der nationalen Suizidprävention \(20. WP\) \(Vorgang\)](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Evaluierung des Hospiz- und Palliativgesetzes von 2015

Beschreibung:

Die Herausforderungen in der Hospiz- und Palliativversorgung der vergangenen Jahre müssen in einer Überarbeitung des Hospiz- und Palliativgesetzes (HPG) von 2015 berücksichtigt werden, so dass das Gesetz einer umfassenden Evaluation unterzogen werden muss. Insbesondere müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. eine angemessene Finanzierung der Palliativdienste und Palliativstationen im Krankenhaus bzw Einsatz von Palliativbeauftragten
2. Finanzierung psychosozialer Berufsgruppen in der SAPV
3. Stärkung der Kooperation zwischen Intensiv-, Notfall- und Palliativversorgung
4. Ausweitung, Weiterentwicklung von gesundheitlicher Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase
5. Ausstattung der Palliativpflege mit Qualifikation und Zeit und leistungsgerechte Vergütung der AAPV

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/11430 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Flächendeckende Palliativversorgung und Hospizarbeit in Deutschland verbessern

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506120027** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Projektförderung zur Unterstützung der Geschäftsstelle der Landesvertretung Bayern

2. **Medizinische Hochschule Hannover**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Hannover

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Zuschuss zu Druckkosten zur Erstellung einer Broschüre zu Hospiz- und Palliativnetzwerken, die aus dem Projekt HOPAN der MHH hervorgegangen ist.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

90.001 bis 100.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. **Deutsche PalliativStiftung**

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Unterstützung der Projektarbeit

2. **Gottschall, Ulrich**

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Spende in das zu erhaltende Vermögen

3. **Grünenthal GmbH**

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Stiftung des Preisgeldes für den Anerkennungs- und Förderpreis für Praxisinitiativen und -projekte in der Palliativversorgung

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

750.001 bis 760.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[250829-vorlaeufiger-JA-2024-ohne-Ueberarbeitung-atenraum-ArPa-Arleff-Partners-GmbH.pdf](#)